



Protokoll der 28. Sitzung des Einwohnerrates

vom 25. Januar 2023, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 39 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglied Daniel Schwörer (FDP)

| Traktanden | Laufnummer |
|---|-----------------------|
| 1. Protokoll der Ratssitzung vom 30.11.2022 <i>://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 30.11.2022 wird einstimmig genehmigt.</i> | - |
| 2. Wahlbüro-Ersatzwahl <i>://: Einstimmig wird Frau Aleksandra Sax (SP), geb. 1970, für die restliche Amtsperiode bis zum 30.06.2024 in das Wahlbüro gewählt.</i> | 2023-157 |
| 3. Quartierplanung «Lüdin»: Bericht Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) – 1. Lesung <i>Das Geschäft wird in einer 2. Lesung an der nächsten Sitzung beraten.</i> | 2022-130 2022-130a |
| 4. Photovoltaikanlagen auf Bahnhof-Perrondächern – Interpellation «Photovoltaikanlagen auf den Perron-Dächern des Bahnhofs» von Benjamin Erni der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2022-144 |
| 5. Schulsozialarbeit – Interpellation «Schulsozialarbeit» von Dominique Meschberger der SP-Fraktion <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2022-150 |
| 6. Ladendiebstähle – Interpellation betreffend Zunahme der Ladendiebstähle im Stedtli von Daniel Schwörer namens der FDP-Fraktion <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i> | 2022-154 |
| 7. Bildungsreglement – Postulat betreffend Änderung des Bildungsreglementes und/oder der Verordnung über die Kostenbeiträge für schulische Veranstaltungen ausserhalb des Unterrichts von Natalie Oberholzer der Grünen Fraktion, Bernhard Bonjour der SP-Fraktion und Eva Eugster der FDP-Fraktion <i>://: Das Postulat wird mir 3 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2022-155 |

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur ersten Sitzung im Jahr 2023.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Herr Nure Shala (SVP) ist am 12.01.2023 als Nachrückender von Beat Gränicher (SVP) als gewählt erklärt worden. Dieser hat aber am 24.01.2023 seinen sofortigen Rücktritt erklärt und seine Nachfolge ist aktuell noch nicht geregelt.
Mit Berücksichtigung der Vakanz von 1 Mitglied der SVP-Fraktion und der Abmeldung von 1 Ratsmitglied für die heutige Sitzung sind somit nur 38 ER-Mitglieder an der heutigen Rats-sitzung stimmberechtigt.
- Die heutige Sitzung wird von keiner Pause unterbrochen, da um 19.00 Uhr das Jahres-schlussessen stattfinden wird.
- Der Terminplan 2024 ist vom Büro an der letzten Sitzung beschlossen und den Ratsmit-gliedern am 23.01.2023 zur Kenntnisnahme gemailt worden. Der Detail-Terminplan wird vom Büro an einer nächsten Sitzung beschlossen.
- Die Büromitglieder und der Stadtpräsident treffen sich im Anschluss an die ER-Sitzung beim Ratspräsidium zu einer kurzen Besprechung
- Die BPK-Mitglieder treffen sich am Anschluss an die Sitzung beim Kommissionspräsi-den-ten Werner Fischer (FDP).

Neue persönliche Vorstösse

- Sperrung-Signalisation A22 – Interpellation «Bessere Kennzeichnung von Sperrungen der Autostrasse A22 bei der Einfahrt Liestal Nord» von Florian Sennhauser der FDP-Fraktion (Nr. 2023-156)
- Windkraftanlagen – Interpellation «Windkraftanlagen auf Gebäuden» von Markus Rudin der SVP-Fraktion (Nr. 2023-159)

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|--|---|
| - Lukas Heinzelmann (Ersatzmitgl. SVP) | Seite A (SP, GL) |
| - Thomas Eugster (FDP) | Seite B (SVP, EVP/GLP/Die Mitte, Teil GL) |
| - Bernhard Bonjour (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Mitteilungen Stadtrat

Stadträtin Marie-Theres Beeler informiert zu den SBB-Projekten: Am heutigen Morgen ist die Grundsteinlegung für den neuen Bahnhof erfolgt, die SBB-Medienmitteilung wird im Internet noch aufgeschaltet. Aktuell werden teilweise auch Nacharbeiten im Zusammenhang mit der Strassenunterführung Oristalstrasse durchgeführt, weshalb es zum Teil auch zu Verkehrssperren kommt. Demnächst wird die Bevölkerung über die bevorstehenden Arbeiten und das Bauprogramm informiert. Auf der Nordseite ist die Velostation am Entstehen und die Baugrube ist schon ausgehoben worden. Seit Januar ist bei der Baustellenausfahrt eine Reifenwaschanlage bei der Poststrasse in Betrieb, somit sollten sich die künftigen Strassenverschmutzungen im Rahmen halten.

Stadträtin Pascale Meschberger hält im Zusammenhang mit den letzten Silvester-Feuerverkeren fest, dass die Umsetzung des Feuerwerk-Verbotes gemäss neuem Polizeireglement doch schwierig ist. Auf das Verbot ist im «Liestal aktuell» hingewiesen worden, doch viele haben dies übersehen. Bei Anzeigen ist die Polizei ausgerückt und hat die betreffenden Leute verwarnet, soweit dies möglich war, denn diese müssen wirklich in flagranti erwischt werden, damit Bussen ausgesprochen werden können. Im Vorfeld sind die Geschäfte in Liestal über das Feuerwerkverbot informiert worden, zwei grössere Geschäfte in der Umgebung hatte man aber vergessen. Vor dem nächsten Silvester wird mit Plakaten noch zusätzlich auf das Feuerwerkverbot in Liestal hingewiesen.

Stadtrat Lukas Felix orientiert, dass das Frenken-Schulhaus nach einem Hinweis einer Einwohnerrätin für Gelder zu Gunsten eines naturnahen Pausenplatzes angefragt hatte. Die Pausenplatzgestaltung ist im Budget eingestellt, doch werden die Gemeindeauslagen dank einer Geldspende von CHF 40'000 der Roger Federer-Fondation stark geschont und die Projektleitung «Radix» konnte damit ebenfalls finanziert werden.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Es werden keine Wortbegehren angemeldet.

Traktandenliste

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren zur Traktandenliste angemeldet werden und die Geschäfte somit gemäss Traktandenliste behandelt werden.

234 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Ratssitzung vom 30. November 2022

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) erklärt, dass das Büro dem Rat die Genehmigung des Protokolls vom 30. November 2022 beantragt, da keine Änderungsanträge eingegangen sind.

Sie kann feststellen, dass zum Protokoll keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 30. November 2022 wird einstimmig genehmigt.

235 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Wahlbüro-Ersatzwahl (Nr. 2023-157)

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Sie kann nach Umfrage feststellen, dass sich der Rat mit einer offenen Abstimmung einverstanden erklären kann.

://: Gemäss Wahlvorschlag der SP-Fraktion wird einstimmig Aleksandra Sax (SP), geb. 1970, Grienmattweg 4, anstelle von Frau Clara Wies Toebak (SP) ab 1. Februar 2023 für die restliche Amtsperiode bis zum 30. Juni 2024 in das Wahlbüro gewählt.

236 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Quartierplanung «Lüdin»: Bericht Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) – 1. Lesung (Nr. 2022-130)

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Nach der heutigen 1. Lesung wird das Geschäft in einer 2. Lesung an der nächsten Ratssitzung nochmals beraten und dann über die Anträge abgestimmt.

Werner Fischer (FDP) stellt als Präsident den Kommissionsbericht der Bau- und Planungskommission (BPK) vor: Der QP Lüdin ist ein Herzstück beim Bahnhof und wichtiges Bindungsglied zwischen dem Bahnhof und der Altstadt. Der Wettbewerb ist im Dezember 2020 von Steib Gmür Gschwentner Kyburz Partner AG gewonnen und die stadträtliche Vorlage am 28.09.2022 an die BPK überwiesen worden. Diese hatte zuallererst einen Vorort-Termin abgemacht und die Vorlage an drei Sitzungen beraten. Der QP hat ganz gute Ansätze und insbesondere gefällt die gute Durchwegung innerhalb des QP-Areals. Die Baukörper sind schön abgestuft und sind in sich ganz anders gestaltet. Viel zu diskutieren gaben die höchsten Häuser in Richtung Kantonbank und Bahnhofstrasse. Diese Bauten sind auch als Lärmschutz gedacht und sind gar nicht viel höher als die bestehende Baute der Kantonbank. Diese fallen vom höchsten Punkt bei der Kantonbank laufend bis zum Orisbach als tiefsten Punkt ab. Es ist bekannt, dass die Häuser-Höhe auch kritisch beurteilt wird, doch die bereits im Wettbewerb ausgeschrieben Quadratmeter können nicht anders verteilt werden, wenn das Ziel der gestaffelten Häuseranordnung erreicht werden soll. Dadurch ergibt sich aber doch eine bessere Wohnqualität, da die Wohnungen und hinteren Häuser dank den höheren Häusern entlang der Strasse und BLKB-Kreuzung einen besseren Lärmschutz haben. Es werden Wohnungen von 2 Zimmern bis zu 5 Zimmern geschaffen, wobei mehrheitlich kleinere Wohnungen realisiert werden. Dies Wohnungen und Schlafzimmer sind ganz konsequent hofseitig ausgerichtet, die Küchen und Badzimmer werden zur Seite der Bahnhofstrasse angeordnet. Der Stadtrat hat die Option für 80 öffentliche Parkplätze im Parkhaus. Der Kredit in der Grössenordnung von rund 1 Mio. Franken würde dem Einwohnerrat gegebenenfalls noch zur Beratung und Beschlussfassung beantragt. Die im QP vorgesehene Zufahrt von der Rheinstrasse bzw. Schützenstrasse zum Parkhaus ist vom Kanton leider noch nicht bewilligt worden, was doch eine grosse Unsicherheit bei diesem Projekt ist. In Absprache mit dem Stadtrat hat die BPK einstimmig beschlossen, ein Schreiben an den Regierungsrat zu schicken, dessen Inhalt im Bericht nachgelesen werden kann. Grosses Gewicht hat man auf die Biodiversität gelegt. Bezüglich der Neophyten wird auf die von der BPK beantragte Neuformulierung von § 6 Abs. 2 verwiesen. Man vertraut auf die Architekten, dass diese eine gute Lösung sowie einen Kompromiss betreffend der Dachbegrünung und den Photovoltaik-Anlagen finden werden. Angeregt wird von der BPK ebenfalls, dass insbesondere bei den grösseren Fassaden eine Begrünung in Betracht gezogen wird, doch wird diesbezüglich kein Antrag eingereicht. Die BPK beantragt dem Rat einstimmig, den stadträtlichen Anträgen zuzustimmen, da der QP Lüdin doch von sehr guter und hoher Qualität ist. Lediglich bezüglich der Neuformulierung von § 6 Abs. 2 des QP-Reglementes wird von der BPK ein Änderungsantrag gestellt. Die Realisierung des QP Lüdin würde für Liestal doch ein grossen Mehrwert mit sich bringen.

Vreni Wunderlin (GLP) gibt als Sprecherin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion bekannt, dass das Vorstadtprojekt bzw. der QP Lüdin fundiert in der BPK diskutiert wurde. Nach dem Mitwirkungsverfahren sind noch Verbesserungen vorgenommen worden. Entlang der Bahnhofstrasse und Rheinstrasse gibt es einen Velostreifen und ein Trottoir, was wichtig und notwendig ist. Mit dem QP Lüdin wird Rechnung für ein verdichtetes Bauen getragen. Das „Lüdin“-Gebäude bleibt als Zeuge der 50er-Jahre in einem Ensemble der Vorstadt bestehen. Die grosszügige öffentliche Durchwegung bringt eine grosse Aufwertung für die Verbindung zwischen Bahnhof – Allee – Altstadt mit sich. Die Wohnungen mit ihren Ausrichtungen bieten eine hohe Aufenthaltsqualität. Auch ihre Fraktion hofft auf die regierungsrätliche Zustimmung zum BPK-

Schreiben betreffend der gewünschten Parkhaus-Zufahrt. Viele Details sind im QP-Reglement klar geregelt und der QP ist von sehr guter Qualität. Die Veloabstellplätze sind ausgewiesen und auch die vom Stadtrat vorsorglich ausgewiesenen öffentlichen 80 Parkplätze sind im Parkhaus-Vorprojekt berücksichtigt. Sie persönlich findet es schade, dass der Lüdlin-Park beim vorliegenden QP nicht integriert wurde. Ihre Fraktion wird den BPK-Anträgen zustimmen.

Patrick Mägli (SP) stellt als SP-Fraktionssprecher fest, dass mit dem QP Lüdlin eine grosse Erneuerung zwischen Bahnhof und Stedtli geplant ist. Der QP Lüdlin überzeugt und damit wird ein neues Vorstadtquartier realisiert. Die Abstufung der Gebäude gefällt und es ist eine gute Kombination zwischen alten und neuen Gebäuden gelungen. Die Durchwegung des QP überzeugt ebenfalls. Mit der stadträtlichen Option für 80 öffentliche Parkplätze im Parkhaus werden die in der Allee wegfallenden Parkplätze kompensiert. Einziger Wermutstropfen ist die Zufahrt ins Parkhaus und so hofft man auf das Einverständnis des Kantons, denn die technokratische Auslegung der Verkehrsnormen und der sehr eingeeengte Blickwinkel des Kantons wird nicht verstanden, weshalb man den Stadtrat bei seinen diesbezüglichen Bemühungen unterstützt. Seine Fraktion wird den BPK-Anträgen nach der zweiten Lesung zustimmen.

Albert Siegwart (GL) informiert als Sprecher der Grünen Fraktion, dass im QP-Perimeter mit einer Fläche von rund 6'000 m2 nebst 130 Wohnungen auch noch Dienstleistungsflächen geschaffen werden. Die Stadt ist von Anfang an miteinbezogen worden. Die Investoren ermöglichen einen behindertengerechten Zugang vom Bahnhof in die Allee. Die Gebäude entlang der Bahnhofstrasse werden rund einen Meter zurückgenommen, womit man Platz für einen Velostreifen gewinnen konnte. Mit der stadträtlichen Option von 80 öffentlichen Parkplätzen im Parkhaus kann die Allee hinsichtlich der Parkplätze anders gestaltet werden. Die Gestaltung und Materialisierung der Fassaden ist bereits im frühen Planungsstadium recht detailliert festgelegt worden und als Einwohnerrat muss man nicht einer Blackbox zustimmen, wie das bei anderen Quartierplanungen der Fall war. Der vorliegende QP ist vergleichsweise nachhaltig, dies von Anfang an und nicht erst nach Druck von aussen. Es entsteht eine urbane Vorstadt mit öffentlichen Wegen. Das Projekt wirkt von der Bahnhofstrassen-Seite her schon etwas anonym, doch wer möchte eine Wohnung mit einem Balkon gegen diese Seite? Seine Fraktion wird den Anträgen der BPK ebenfalls zustimmen.

Peter Bürgin (FDP) hält als FDP-Fraktionssprecher fest, dass auch seine Fraktion den BPK-Anträgen zustimmen wird. Nebst dem QP Lüdlin stehen ja auch noch der QP Orisbach sowie der Kreditantrag für den Stadtpark vor der Türe, zwischen welchen es Abhängigkeiten gibt. Die BPK hat sich für die Vorberatung des QP Lüdlin deshalb genügend Zeit genommen. Vor allem die erste Vorortbesprechung sowie die Modell-Veranschaulichung haben die Situation bezüglich der Gebäudehöhen doch sehr stark relativiert. Wie bereits erwähnt wurde, sind die neuen Gebäude an der Bahnhofstrasse in etwa gleich hoch wie das bestehende Kantonalbank-Gebäude. Mit dem QP Lüdlin erfährt die Attraktivität der Stadt Liestal ganz klar eine Steigerung und die Quartierplanung ist schon sehr weit fortgeschritten. In den Unterlagen sind nebst dem Mengengerüst neuer Wohnungen und den Bruttogeschossflächen auch schon sehr detailliert Visualisierungen, Angaben bezüglich der Materialien sowie Begrünungen usw. vorhanden. So bekommt man bereits jetzt einen sehr guten Eindruck, wie es nach der Projektrealisierung aussehend wird. Man kann nur hoffen, dass die geplanten Wohnungen, Ateliers usw. auch den aktuellen Bedürfnissen entsprechen. An dieser zentralen Lage und in unmittelbarer Nähe des ÖV-Knotenpunktes beim Bahnhof liegt natürlich eine verdichtete Bauweise auf der Hand, doch passen sich die Gebäude und der QP gut in die Umgebung ein. Die Ein- und Ausfahrt ins Parkhaus bedarf noch weiteren Abklärungen und spätestens das Bauprojekt wird Klarheit darüber geben, ob die 80 öffentlichen Parkplätze für die Stadt realisiert werden oder nicht. Auch mit dem neuen Verkehrsregime sollte eine direkte Einfahrt von der Rheinstrasse ins Parkhaus möglich sein. Die Projektverfasser haben sich viel überlegt, dass kein Einheitsklotz gebaut wird. Mit der guten Durchwegung wird eine offene Struktur entstehen. Es wird ganz klar ein neues hochwertiges Quartier mit der Realisierung des QP Lüdlin entstehen und die FDP-Fraktion wird dieser Quartierplanung zustimmen.

Markus Rudin (SVP) ist als SVP-Fraktionssprecher ebenfalls der Meinung, dass sich die neuen Gebäude des QP Lüdin zusammen mit den Durchwegungen und Innenhöfen wie ein neuer Stadtteil zwischen der Altstadt und dem Bahnhof sehr gut einfügen. Gemäss Modellen und aktenkundigen Unterlagen werden die neuen Gebäude entlang der Bahnhofstrasse beim QP Lüdin in etwa den Höhen des Uno-Gebäudes sowie dem Kantonalbank-Gebäude entsprechen. Erfreut hat auch seine Fraktion davon Kenntnis genommen, dass die Fassaden entlang der Bahnhofstrasse um einen Meter zurückgenommen wurden, was den Velofahreren und Fussgängern zugutekommen wird. Im Zusammenhang mit der Parkhaus-Zufahrt hofft man ebenfalls auf die Zustimmung des Kantons, zumal ja auch kantonseigene Parkhäuser in die Rheinstrasse einmünden. Seine Fraktion ist schon auch der Meinung, dass der Einwohnerrat bezüglich der allfälligen Finanzierung der 80 Parkplätze im Parkhaus auch das Mitspracherecht haben sollte. Seine Fraktion wird den BPK-Anträgen einstimmig zustimmen.

Natalie Oberholzer (GL) hält als Einzelsprecherin bezüglich dem BPK-Änderungsantrag betreffend den Neophyten fest, dass dieser lediglich eine Präzisierung in formeller Hinsicht ist. Gemäss ursprünglichen Formulierung im QP-Reglement würde dies bedeuten, dass rund 1'000 Arten betroffen wären, so unter anderem auch Tomaten. Gemeint sind aber nur die invasiven Neophyten oder die gebietsfremden Arten, welche Schaden anrichten können. Unter diese Bestimmung würden dann rund 100 Arten fallen, welche vom Bund auch verboten werden bzw. welche weder verkauft noch gepflanzt werden dürfen. Ebenso sollen Neophyten mit invasivem Potenzial unzulässig sein, welche gefährlich werden könnten und im Auge behalten werden müssen. Bei diesen Arten besteht grundsätzlich eine Informationspflicht beim Verkauf und der Schnitt dieser Pflanzen darf nicht auf den Kompost gebracht werden.

Stadtrat Daniel Muri legt dar, dass die Ausgangslage vor zwei Jahren doch geradezu ideal war, weil der Investor nach einem Wettbewerb mit einem Projekt kommt, welches die Stadt in enger Zusammenarbeit begleiten konnte. Auch der Stadtrat steht immer noch voll und ganz hinter dem Resultat bzw. dem QP Lüdin, welcher eine Bereicherung und Qualitätssteigerung für Liestal sein wird. Viele Gespräche und schriftlichen Verkehr hatte die Stadt mit den verschiedenen Ämtern im Zusammenhang mit der Ein- und Ausfahrt ins Parkhaus. Bei der Besprechung mit einer Kantonsdelegation vom letzten Freitag wurde das Anliegen der Stadt sowie der Investoren vor Ort noch einmal vorgebracht. Leider sieht es bezüglich der Kantonszustimmung nicht so gut aus, dass unser Wunsch in Erfüllung gehen wird. Der Kanton stellt sich auf den Standpunkt, dass er bereits die Zustimmung für die Ausfahrt nahe der Kantonalbank-Kreuzung gibt, doch lässt er sich wohl kaum umstimmen, dass am gleichen Ort auch die Parkhaus-Einfahrt realisiert werden kann, da dies die nahe und starke befahrene Kreuzung nicht zulässt. Die schriftliche Begründung des Kantons wird noch abgewartet, doch die Hoffnung stirbt zuletzt. Natürlich ist es so, dass dem Rat für die Finanzierung von 80 Parkplätzen eine Kreditvorlage zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet wird, wird doch der Kredit höher als CHF 1 Mio. sein.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Das Geschäft wird in 2. Lesung an der Ratssitzung vom 15. Februar 2023 beraten.

237 0.01.011.01 Einwohnerrat

**4. Photovoltaikanlagen auf Bahnhof-Perrondächern – Interpellation
«Photovoltaikanlagen auf den Perron-Dächern des Bahnhofs»
von Benjamin Erni der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2022-144)**

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) hält fest, dass das Geschäft an der letzten Ratsitzung auf Wunsch des Interpellanten von der Traktandenliste abgesetzt wurde.

Stadtrat Daniel Muri nimmt zu den Fragen des Interpellanten Stellung:

Zur Frage 1: Ja, der Stadtrat ist ebenfalls der Meinung, dass bspw. Perrondächer für die Energiegewinnung wichtig sind.

Zur Frage 2: Selbstverständlich wird sich der Stadtrat bei den SBB dafür einsetzen, dass die Perrondächer zu Gunsten Energiezwecken genutzt werden können. Dies ist in der Vergangenheit bereits geschehen, so werden auf Verbindungsbauten und den neuen Gebäudedächern Photovoltaikanlagen installiert. Dies nicht zuletzt auch wegen dem vereinbarten Energiestandard beim QP Bahnhofcorso. Bei den Perrondächern ist die Ausgangslage jedoch etwas anders, da während der Planungsphase von 2013 – 2017 PV-Anlagen noch kein standardmässiges Ziel bei SBB-Neubauten war. Im Rahmen des Vierspurausbau beim Bahnhof Liestal sind deshalb für die Perrondächer keine PV-Anlagen vorgesehen. Eine solche wesentliche Projektänderung hätte auch ein neues Plangenehmigungsverfahren zur Folge. Die Realisierung von PV-Anlagen kann wegen des langwierigen Verfahrens bei den laufenden Bauarbeiten nicht mehr berücksichtigt werden. Bei jüngeren Projekten wie bspw. beim Bahnhof Lenzburg sind mittlerweile PV-Anlagen ein fester Projekt-Bestandteil. Die SBB prüft aber zurzeit, ob und wann die Perrondächer im Rahmen eines späteren separaten Projektes noch nachgerüstet werden könnten. Der Stadtrat wird wieder nachhaken und den Einwohnerrat zur gegebenen Zeit wieder über den neuesten Stand informieren.

Zur Frage 3: Ja, es gibt immer wieder ideale Flächen für PV-Anlagen und der Stadtrat nimmt diesbezüglich bei QP-Verfahren auch Einfluss. Auch stehen für solche Projekte grössere kantonale und eidgenössische Fördergelder zur Verfügung.

Benjamin Erni (EVP) ist mit den Antworten zufrieden und wünscht als Interpellant die Diskussion.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion beilligt wird.

Benjamin Erni (EVP) bedankt sich für die stadträtlichen Abklärungen und Antworten. Schade ist es natürlich schon, dass die PV-Anlagen auf den neuen Perrondächern des Bahnhof Liestal nicht gleich bei den laufenden Bauarbeiten realisiert werden können. Bei anderen Projekten wie bei einem Busbahnhof direkt bei den Geleisen kann mit dem gewonnenen Strom der PV-Anlagen auch gleich der Elektrobus gespiesen werden. In Visp ist das ganze Bahnhofgebäude mit PV-Anlagen versehen. Auch bei den Abfalleimern der neuen Waldenburgerbahn sind kleine Paneels installiert.

Vreni Wunderlin (GLP) möchte wissen, ob denn beispielsweise in der Kernzone auf dem Kirchengemeindehaus PV-Anlagen installiert werden dürfen.

Stadtrat Daniel Muri antwortet, dass schlussendlich solche Vorhaben im Rahmen eines Baugesuchverfahrens durch den Kanton geprüft und ggf. bewilligt werden. Grundsätzlich verhält es sich so, dass auch in der Kernzone PV-Anlagen bzw. Solarziegel installiert werden dürfen, wenn die Dachflächen von unten nicht einsehbar sind. Dies dürfte beim Kirchengemeindehaus aber vermutlich schwierig werden.

Markus Rudin (SVP) hält als SVP-Fraktionssprecher fest, dass er bereits in der Zeitspanne bzw. SBB-Planungsphase von 2013 – 2017 viele Bahnhöfdächer in Deutschland bzw. Leipzig mit PV-Anlagen gesehen hatte. Im Bereich der Solargewinnung hätten wir hier schon noch grossen Nachholbedarf. Viele Private investieren viel Geld in PV-Anlagen, doch der Kanton und auch die Stadt Liestal hat noch grösseren Nachholbedarf. Bei vielen stadteigenen Gebäuden würden sich Investitionen in PV-Anlagen lohnen. Beim Ärztehaus in Liestal sind beispielsweise nebst dem Dach auch die Fassaden mit PV-Anlagen versehen worden. Gerade bei so grossen Bauten wie beim Bahnhof Liestal sollte die Montage von PV-Anlagen eigentlich obligatorisch sein. Seine Fraktion ist der Meinung, dass die Perrondächer von den SBB unbedingt noch mit PV-Anlagen bestückt werden sollten.

Thomas Eugster (FDP) informiert als Sprecher der FDP-Fraktion darüber, dass von der FDP verschiedene landrätliche Vorstösse zu diesem Thema eingereicht wurden und man diesbezüglich nicht so schnell locker lässt.

Florian Sennhauser (FDP) hält als Einzelsprecher fest, dass die Solaroffensive sicher eine gute Sache ist. Gemäss seinen Abklärungen sollen PV-Anlagen auf den Perrondächern nicht wahnsinnig ertragsreich sein, was auf die Bremsabriebe der Züge zurückzuführen ist.

Stadtrat Daniel Muri informiert, dass die SBB zurzeit prüft, ob und wann die Perrondächer im Rahmen von einem späteren separaten Projekt nachgerüstet werden können.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2022-144 durch den Stadtrat.

238 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Schulsozialarbeit – Interpellation «Schulsozialarbeit» von Dominique Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2022-150)

Stadtpräsident Daniel Spinnler nimmt Bezug auf den Vorstoss und erklärt, dass er die Fragen der Interpellantin beantworten wird, da es sich bei der Interpellation um eine personelle Angelegenheit handelt. Im Moment laufen bereits gewisse Abklärungen in diesem Bereich.

Zur Frage 1: Die Frage bezüglich einer Überlastung der Schulsozialarbeit kann er so nicht bejahen.

Zur Frage 2: Ja, der Bedarf an Schulsozialarbeit ist während der Corona-Pandemie gestiegen und aus diesem Grund hat man zusammen mit dem Bereich der Sozialen Arbeit der FHNW ein Projekt aufgelegt. Die Anforderungen an die Schulsozialarbeit, der Dienstleistungskatalog, die Aufgabenerfüllung für die Zukunft usw. werden aktuell evaluiert und somit können die nächsten Fragen der Interpellantin heute noch nicht beantwortet werden.

Der Stadtrat geht davon aus, dass das Projekt mit der wissenschaftlichen Unterstützung bis Ende Juni 2023 abgeschlossen werden kann und anschliessend können dann auch fundierte Aussagen gemacht werden. Schlussendlich soll auch das Ziel erreicht werden, dass Schüler früher abgefangen werden können, bevor diese grössere Probleme haben. Betreffend der vierten Frage kann er festhalten, dass in Krankheitsfällen, bei Unfällen, bei mutterschaftsbedingten Abwesenheiten usw. die Stellvertretung mit einem externen Vertragspartner abdecken werden kann.

Dominique Meschberger (SP) dankt für die Antworten und wünscht als Interpellantin die Diskussion.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion beilligt wird.

Dominique Meschberger (SP) findet, dass sie mit den Antworten eigentlich zufrieden ist, da etwas läuft, sich der Stadtrat dem Thema Schulsozialarbeit annimmt und das Projekt wissenschaftlich begleiten lässt. Die Schulsozialarbeit ist wohl kaum mehr wegzudenken, da bereits Lehrpersonen in den Primarschulen mit neuen Situationen konfrontiert werden, bei welchen die Schulsozialarbeit unterstützend helfen kann. Situationen in den Klassen können eskalieren, sei dies zwischen den Eltern und den Lehrpersonen oder aber auch bei den Kindern untereinander. Die Schulsozialarbeit kann oftmals den Wind aus den Segeln nehmen, bevor es zur Eskalation kommt. Wichtig ist auch, dass es sich bei der Schulsozialarbeit um Vertrauenspersonen handelt, welche der Schweigepflicht unterstehen und diese auch präventiv eingesetzt werden können. Es ist zudem wichtig, dass man die jungen Leute nicht abhängen lässt und diese auffangen kann, bevor sie ganz in der Krise stecken.

Michael Durrer (GL) bemerkt, dass bei ihm fast nostalgische Gefühle aufgekommen sind, als er die Interpellation gelesen hatte. Als neues Ratsmitglied hatte er sich gleich an seiner ersten Einwohnerratssitzung vor rund acht Jahren erlaubt, zur Schulsozialarbeit-Einführung sein erstes Votum hier im Rat abzugeben. Das ist nicht bei allen Ratsmitgliedern gut aufgenommen worden und in der Pause wurde er dann über das ungeschriebene Gesetz informiert, dass man sich an der ersten Ratssitzung nicht zu Wort melden sollte. Damals wurde auch die Grundsatzfrage diskutiert, ob es denn auf der Primarschulstufe wirklich einen Schulsozialarbeitsdienst braucht oder nicht und wie dieses Angebot bei den Lehrpersonen ankommt. Er selbst hat auch beruflich mit Schulsozialarbeit und sogenannten schwierigen Jugendlichen zu tun. Mittlerweile äussern sich alle Seiten über die Schulsozialarbeit, über welche man froh ist und welche sich auch sehr bewährt hat. Präventive und frühe Massnahmen in diesem Bereich sind ebenfalls wichtig, da dies schlussendlich günstiger kommt, als wenn man zu lange zuwartet und dann gegebenenfalls einschneidende Massnahmen veranlasst werden müssen.

Benjamin Erni (EVP) hält als Sprecher der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion fest, dass sich Investitionen in die Schulsozialarbeit auf jeden Fall lohnen. Die Früherkennung ist sehr wichtig in diesem Bereich und die Unterstützung der Schulteams sowie Eltern ist auch im Hinblick auf schwierige Situationen wertvoll und immer wichtiger.

Vreni Wunderlin (GLP) verweist als Einzelsprecherin auf das Projekt des Vereins Senioren für Senioren, bei welchen Senioren ebenfalls Schülern Unterstützung anbieten. Dies ersetzt natürlich nicht die Schulsozialarbeit, ist aber doch eine wertvolle Unterstützung.

Denise Meyer (SVP) merkt an, dass in den Schulen immer mehr Unruhe einkehrt, weil Mitarbeiter von der Schulsozialarbeit, Heilpädagogen, ältere Betreuungspersonen usw. beim Schulbetrieb involviert sind und die Schüler schon bald einmal keine Bezugspersonen mehr haben.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2022-150 durch den Stadtrat.

239 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Ladendiebstähle – Interpellation betreffend Zunahme der Ladendiebstähle im Stedtli von Daniel Schwörer namens der FDP-Fraktion (Nr. 2022-154)

Stadträtin Pascale Meschberger nimmt Bezug auf die Fragen des Interpellanten, welcher sich für die heutige Sitzung entschuldigen lässt. Als Jurist hat der Interpellant interessanterweise das Wort „Asylzentrum“ nicht erwähnt, sie wird es aber im Zusammenhang mit der Interpellationsbeantwortung gleichwohl tun. Die Fragen sind ja weitgehend bereits mit den Medienberichten der letzten Tage beantwortet worden.

In Liestal haben wir vorübergehend ein Bundesasylzentrum, weil zusätzliche Unterkünfte dringend gebraucht wurden. Der Standort bei der Militärhalle ist nicht ideal und vom Stadtrat ist auf die schwierige Situation aufmerksam gemacht worden, doch der Bund betreibt das Asylzentrum und ist dafür vollumfänglich zuständig. Zur Standortauswahl hat Liestal gar nichts zu sagen, doch ehrlicherweise muss festgehalten, dass der Kanton und die Stadt Liestal ein gewisses Interesse an dem Bundesasylzentrum haben, da die Asylzentrum-Bewohneranzahl bei der Aufnahmequote des Kantons und Gemeinde angerechnet werden. Bezüglich der Zunahme der Vermögensdelikte kann festgestellt werden, dass im Jahr 2022 rund 500 Vermögensdelikte gezählt wurden, was eine Zunahme von 91 Fällen im Vergleich zum Jahr 2021 bedeutet. Rund die Hälfte der 91 Fälle kann in einen Zusammenhang mit dem Asylzentrum gebracht werden. Im Jahr 2021 wurden 18 Fälle mit Asylbewerbern in einen Zusammenhang gebracht, im Jahr 2022 waren es 55 Fälle. Die meisten Vermögensdelikte betreffen Ladendiebstähle, dann kommen noch Diebstähle ab und aus Fahrzeugen hinzu. Nicht selten sind die Straftaten von Wiederholungstätern ausgeübt worden. Die Sicherheit in Liestal wird durch die Kantonspolizei gewährleistet und diese hatte bei Bekanntwerden der zunehmenden Straffälle relativ schnell mit vermehrten uniformierten und auch zivilen Patrouillen reagiert. Das Sicherheitsgefühl wurde dadurch besser und eine Besserung ist ebenfalls von Ladenbesitzern bestätigt worden. Die Stadt Liestal ist immer im Austausch mit der Kantonspolizei und in dieser Zeit ist dieser auch intensiviert worden. Auch vom Staatssekretariat für Migration sind zum Teil harte Massnahmen ergriffen worden, indem beispielsweise Ein- und Austrittskontrollen beim Asylzentrum vorgenommen und Utensilien beschlagnahmt wurden, wofür keine Quittung vorgelegt werden konnte. Wiederholungstäter werden dann auch schon einmal in ein anderes Asylzentrum verlegt, wo sie von anderen Bewohnern separiert werden. Dank der guten Zusammenarbeit aller Beteiligten konnte vereinbart werden, dass seit anfangs Januar noch zusätzlich die Firma Protecta mit Patrouillen unterwegs ist. Auf Bundesebene werden Rückübernahme-Abkommen mit den Herkunftsländern der Asylbewerber ausgehandelt und verbessert. Von der Kantonspolizei wird jede strafbare Handlung verfolgt, die Täterschaft ermittelt und bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet. Wenn bei einem Delikt die Summe unter CHF 300 liegt, handelt es sich um ein Antragsdelikt, bei welchem die Geschädigten Anzeige erstatten müssen. Bei einer Deliktsumme über CHF 300 handelt es sich um ein Officialdelikt, bei welchem die Polizei von Amtes wegen einen Strafantrag zu stellen hat. Der Regierungsrat und auch der Stadtrat hatten sich verschiedentlich dahingehend geäußert, dass man mit dem Standort des Asylzentrums mitten im Stedtli nicht glücklich ist. Der Regierungsrat setzt alles daran, dass das Asylzentrum bei der Militärhalle bis am 31. März 2023 geschlossen wird, weshalb aktiv an nach anderen Standorten im Kanton gesucht wird. Die Zahlen der Asylbewerber gehen aktuell etwas zurück und es kann durchaus sein, dass die Schliessung des Bundesasylzentrums bei der Militärhalle noch früher möglich ist. Der Stadtrat hatte alles Notwendige im Rahmen seiner Möglichkeiten unternommen, doch ist man sich schon bewusst, dass dies den Ladenbesitzern nicht viel nützt, welche sich immer noch mit Ladendiebstählen ablagen müssen.

Thomas Eugster (FDP) dankt namens des Interpellanten für die stadträtlichen Antworten sowie Ausführungen und wünscht die Diskussion.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion beilligt wird.

Thomas Eugster (FDP) hält fest, dass er einige Antworten schon in der Fragestunde des Landrates gehört habe. Es ist wichtig, dass die umfassende Information an der heutigen Einwohnerratssitzung erfolgte. Positiv ist natürlich, dass das Problem erkannt und dann auch Sofortmassnahmen ergriffen wurden. Aus Sicht der FDP-Fraktion fehlt es aber am direkten Kontakt zwischen der Stadt und den Ladenbesitzern, denn die Kommunikation hätte sicher besser sein können. Dass die Ladenbesitzer dann den Weg zur Presse gesucht hatten, war die Folge davon. Proaktiv könnte die Stadt deshalb künftig regelmässig die Ladengeschäfte über die aktuelle Situation und das weitere Vorgehen informieren. Das Asylzentrum mitten im Stedtli und ohne Grünflächen etc. ergibt sicher keine ideale Situation für alle Beteiligten und bessere Standorte können sicher gefunden werden. Bei künftigen ähnlichen Vorkommnissen müsste man halt vielleicht eine Risiko-Analyse machen bzw. diese beim Kanton einfordern und alsdann auch noch flankierende Massnahmen verlangen.

Albert Berisha (SP) hält als Sprecher der SP-Fraktion fest, dass die Ängste der Ladenbesitzer ernst genommen werden müssen. Die Verfolgung jeglicher Straftaten im Rahmen der gesetzlichen Leitplanken wird unterstützt. Doch ist es gefährlich und unzureichend, die Problematik auf einzelne Gruppen, namentlich auf die Asylbewerber, herunterzubrechen und zu vereinfachen, wie es teilweise gemacht wird. Auch möchte man darauf aufmerksam machen, dass Negativschlagzeilen und Angstmacherei schlussendlich nicht dienlich sind. Froh ist man über die getroffenen Massnahmen sowie die verstärkte Polizeipräsenz.

Lena Schenker (GL) bemerkt als Fraktionssprecherin, dass der Frust der Ladenbesitzer schon nachvollziehbar und verständlich ist. Schockiert hatte aber schon, dass man doch sehr nahe an einer Selbstjustiz war, indem Diebe beispielsweise durch die Strassen verfolgt werden, wie es im Vorstoss beschrieben wird. Von solchen Massnahmen hält ihre Fraktion kategorisch gar nichts. Es ist wichtig, dass die Stadt ihr Möglichstes tut, damit der Frust und Ärger der Ladenbesitzer reduziert werden kann und dass sich die negativen Gefühle gegenüber dem Asylzentrum auch wieder legen. Und einige hier im Saal würden vielleicht ebenfalls auf dumme Ideen kommen, könnten sie nicht arbeiten oder einer Beschäftigung nachgehen. Alle Verantwortungsträger dürfen sicher nicht nur passiv zuschauen, doch soll auch keine Hetzjagd entstehen.

Hanspeter Meyer (SVP) unterstreicht als SVP-Fraktionssprecher das vorgängige Votum des FDP-Fraktionssprechers und hält fest, dass man nicht etwas schönreden kann, was nicht schön ist. Im Dezember war die Situation ja wirklich schlimm und sicher hat man teilweise auch etwas falsch reagiert. Man ist ebenfalls froh, dass sich die ganze Situation wegen verschiedenen Massnahmen doch etwas beruhigt hat. Er selbst war Zeuge von zwei Verfolgungsjagden von Dieben und man muss die Ladenbesitzer natürlich schon auch begreifen. In der landrätlichen Fragestunde ist zu diesem Thema festgestellt worden, dass ein überproportionaler Anteil von Delinquenten aus der Asylunterkunft kommen. Dass junge Leute mit anderen Bedürfnissen in dieser Unterkunft fast eingesperrt werden, ist halt schon problematisch, deshalb müsste die Stadt schauen, dass Bund und Kanton sicher nie mehr auf die Militärhalle als Asylzentrum zurückgreifen werden. Wichtig sind auch die Gespräche, damit es nicht zu weiteren negativen Signalen kommt.

Stefan Fraefel (die Mitte) meint als Einzelsprecher, dass Botschaften und Negativschlagzeilen über die zu hohen Parkgebühren und Kriminellen im Stedtli usw. natürlich nicht förderlich sind. Er möchte das im Vorstoss geschilderte Problem nicht kleinreden. Aber man sollte schon bedenken, ob man nun gleich mit Kanonen schiessen muss. Und bei all den Problemen kann man natürlich auch Gutes verhindern. Liestal hat ein tolles Stedtli und man kann immer noch viele Dinge hier einkaufen, denn es ist wirklich nicht so, dass die Asylbewerber so viel klauen,

dass wir nichts mehr einkaufen könnten. Die Relationen sollten schon noch gesehen und den zuständigen Behörden auch Zeit gegeben werden, damit diese reagieren können.

Stadtpräsident Daniel Spinnler möchte doch noch einige Punkte klarstellen. Sein Vorsprecher hatte ihm doch auch aus dem Herzen gesprochen, denn auch zum Bericht der Basellandschaftlichen Zeitung in der gleichen Richtung hatte er von verschiedenen Gewerbetreibenden positive Rückmeldungen bekommen. Denn es ist ein Problem, dass alles immer schlecht sein soll. Denn die Aussage, dass alle Ladenbesitzer beklaut werden, ist doch genauso falsch wie die Aussage, dass alle Asylbewerber Diebe sind. Die Stadt hat kein Problem mit den Ladenbesitzern und Gewerbetreibenden bezüglich der Kommunikation, doch hatte die Stadt in diesem Fall erst sehr spät durch eine E-Mail vom Problem erfahren, als schon beinahe eine Bürgerwehr organisiert wurde. Nach wie vor haben wir Krieg und eine Krise in der Ukraine, weshalb halt weitere Asylplätze benötigt werden. Die Unterbringung von Flüchtlingen in Zivilschutzanlagen ist sehr heftig kritisiert worden und die Einquartierung in Turnhallen ist auch nicht recht, da diese mitten im Stedtli liegen. Sollen diese Leute denn fernab im Grünen in einer Waldhütte einquartiert werden oder wie stellt man sich denn die angeblich geeignete Lösung vor? Als Stadtpräsident hatte er 1 Tag zuvor die Mitteilung erhalten, dass die Militärrhalle tags darauf geräumt und darauffolgenden Tag in Betrieb genommen wird. Die Militärrhalle gehört dem Kanton und die Stadt Liestal ist nie um ihre Meinung zur Asylunterkunft in der Militärrhalle gefragt worden. Der Stadtrat hatte wenig Einfluss und hatte sein Möglichstes im Zusammenhang mit den Ladendiebstählen getan, als er davon erfahren hatte. Auch die öffentliche Sicherheit ist Sache der Kantonspolizei. Die Kommunikation zwischen dem Gewerbe und KMU Liestal mit der Stadt ist sehr gut und dem Stadtrat sind auch deren Bedürfnisse bekannt. Nun sollten wir vorwärtsschauen und das Stedtli Liestal anpreisen, damit vermehrt Kunden zu uns kommen. Wir müssen nichts schönreden, sollten aber doch aufpassen, welche Signale wir aussenden.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2022-154 durch den Stadtrat.

240 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Bildungsreglement – Postulat betreffend Änderung des Bildungsreglementes und/oder der Verordnung über die Kostenbeiträge für schulische Veranstaltungen ausserhalb des Unterrichts von Natalie Oberholzer der Grünen Fraktion, Bernhard Bonjour der SP-Fraktion und Eva Eugster der FDP-Fraktion (Nr. 2022-155)

Stadtrat Lukas Felix informiert darüber, dass der Stadtrat bereit ist, den Vorstoss zu übernehmen.

Natalie Oberholzer (GL) äussert als Postulantin, dass der Rat an der November-Sitzung den Änderungen des Bildungsreglementes zugestimmt hatte, obwohl ein Punkt noch nicht ganz klar war, doch wollte man keine unnötigen Verzögerungen verursachen. Mit dem vorliegenden Postulat wird nun aber eine Nachbesserung bezüglich den Kostenbeiträgen für schulische Veranstaltungen ausserhalb des Unterrichts thematisiert. Sie hatte sich diesbezüglich bereits ausführlich an der Ratssitzung vom 30.11.2022 geäussert und möchte heute nicht nochmal ins Detail gehen, zumal das Wichtigste ja auch im Vorstoss festgehalten wird. Es soll Klarheit geschaffen werden, wann von Erziehungsberechtigten Kostenbeiträge für Exkursionen, Lager, Museumsbesuche usw. verlangt werden dürfen. Solche ausserschulischen Lernorte sind pädagogisch sehr wertvoll und wichtig, da sie aber eigentlich obligatorisch sind und zum Unterricht gehören, sollten sie grundsätzlich unentgeltlich sein. Dazu wurde am 7. Dezember 2017 auch ein Bundesgerichtsentscheid gefällt. Demnach haben sich Erziehungsberechtigte nur dann finanziell zu beteiligen, wenn sie dadurch zu Hause Einsparungen haben, was de facto hauptsächlich die Verpflegungskosten betrifft. Museumseintritte, Reise- und Übernachtungskosten können von den Erziehungsberechtigten nicht eingespart werden und können deshalb auch nicht auf diese abgewälzt werden. Die Schule Liestal ist sich dieser Punkte bewusst und handhabt dies auch so in der Praxis, doch die beiden §§ 15 und 16 im jetzigen Bildungsreglement könnten verwirrend und unklar sein, da diese ein veraltetes falsches Kriterium anwenden. Die Postulanten bitten deshalb darum, die beiden Paragraphen dahingehend anzupassen, dass die Erziehungsberechtigten nur im Umfang der zu Hause anfallenden Verpflegungskosten finanziell beteiligt werden können. Es wird deshalb um die Zustimmung für eine Überweisung des Postulates an den Stadtrat gebeten.

Eva Eugster (FDP) ergänzt als Mitpostulantin, dass das Bildungsreglement gemäss Bundesgerichtsurteil angepasst und präzisiert werden soll. Der Kostenbeitrag für die Erziehungsberechtigten dürfte sich deshalb auf maximal CHF 16.--/Tag und Schüler belaufen.

Bernhard Bonjour (SP) informiert als Mitverfasser des Vorstosses, dass das Wichtigste bereits von den beiden Vorrednerinnen gesagt wurde und er keine Ergänzungen zu machen habe.

Denise Meyer (SVP) legt als Sprecherin der SVP-Fraktion dar, dass ihre Fraktion die Postulatsüberweisung unterstützen wird.

Benjamin Erni (EVP) teilt als Sprecher der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion mit, dass seine Fraktion noch unschlüssig ist, da man einerseits der Meinung ist, dass alles schon genügend geregelt ist. Doch wird auch die Vornahme von präzisierten Formulierungen unterstützt. Einig ist man sich aber darüber, dass bei einer Überweisung des Postulates nur die Anpassung der §§ 15 und 16 thematisiert wird und nicht noch weitere reglementarische Bestimmungen behandelt werden.

Stadtrat Lukas Felix meint, er habe sich zu den vorgeschlagenen Reglementsänderungen bereits auch schon am 30. November 2022 ausführlich geäußert. Nach Einschätzung des Rechtskonsulenten und des Stadtrates besteht kein dringlicher Handlungsbedarf bezüglich einer Reglementsänderung, da sich die jetzigen Bestimmungen bundesgerichtskonform umsetzen lassen. Der Stadtrat hat in der Verordnung zum Bildungsreglement die Beiträge nach dem Bundesgerichtsurteil bereits geregelt. Die jetzigen Bestimmungen im Reglement können tatsächlich verwirrend sein und Anpassungen machen Sinn, da vom Stadtrat nicht alles geregelt werden kann und darf, da dies vom Bundesgericht verboten wurde. Verfassungsmässig sind wir aber sowieso an den Bundesgerichtsentscheid gebunden und deshalb ist eine andere Umsetzung schon gar nicht zulässig. So ist die Beitragserhebung an die Erziehungsberechtigten nicht ein «Muss», sondern ein «Kann». Schlussendlich wird es auf den Schulbetrieb keinerlei Auswirkungen haben, da wir bereits heute konform handeln.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2022-155 wird mit 37 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglements am Schluss der Versammlung noch mündlich begründen können.

Sie stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 18.45 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Ratspräsidentin

Sonja Niederhauser

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann